

# Neues Deutschland

30.10.2009 / Debatte / Seite 24

## Grobe Fehler bei der Pandemievorsorge

Von Martina Bunge



Foto: ND/Burkhard Lange

Es steht außer Frage: Gegen eine Pandemie, die große Teile der Bevölkerung betreffen und schwere gesundheitliche Probleme mit sich bringen kann, ist es sinnvoll, einen Impfstoff zu entwickeln und allen Menschen zur Verfügung zu stellen. Auf Grund der vorliegenden Informationen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der nationalen Institute war es geboten, bei der Neuen Grippe, der sogenannten Schweinegrippe, die Herstellung eines Impfstoffes zu fordern und eine Massenimpfung vorzubereiten. Es wäre völlig unverantwortlich, die Erkrankung von Millionen Menschen und den Tod Abertausender zu riskieren. Insofern sehe ich keinen Grund, die Regierung dafür zu kritisieren, eine Massenimpfung vorbereitet zu haben. Die Bundesregierung hat allerdings faktisch die Kosten der Impfung alleine den Krankenversicherungen zugeschoben und mit der unnötigen Bestellung von unterschiedlichen Impfstoffen für die Bundeswehr, Regierungsbeamte und den Rest der Bevölkerung grobe Fehler bei der Umsetzung der Pandemievorsorge zu verantworten.

Trotzdem zeigt diese Neue Grippe deutliche Schwächen im Gesundheitssystem und bei den Entscheidungen über den Umgang mit möglichen Pandemien auf.

Die Hersteller von Grippeimpfstoffen haben ein natürliches Interesse an Pandemien bzw. der Angst davor. Der Pharmaindustrie ist daraus kein Vorwurf zu machen. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Unternehmen, das Gewinnmaximierung anstrebt, jede Möglichkeit nutzen wird, um Arzneien oder Impfstoffe möglichst viel und zu möglichst hohen Preisen zu verkaufen. Wenn die Umsatzsteigerung alleine für Glaxo-SmithKline durch diese Schweinegrippe bei etwa zwei Milliarden Euro liegen soll, macht dies deutlich, dass es ein erhebliches Interesse der Pharmaindustrie gibt. Bei so viel Geld kann man nie wissen, wie und wo diese Industrie ihren Einfluss geltend macht. Transparency International hält sogar eine Einflussnahme der Industrie auf die WHO für möglich. Die Pharmaindustrie fördert über Drittmittel die staatliche Forschung. Es ist zumindest möglich, dass sie damit einen Einfluss auf Forschung wie auch auf Wissenschaftler und Sachverständige nimmt.

Darüber hinaus ist zunehmend zu beobachten, dass die Medien sich besonders stark dieser Themen annehmen. Seit Mai dieses Jahres vergeht kein Tag, an dem nicht Pressemitteilungen zur Schweinegrippe in den Medien auftauchen. Teilweise in einer panikverbreitenden Art und Weise. Auch diesen ist kein Vorwurf zu machen. Letztlich wollen die Zeitungen verkauft und Einschaltquoten gesichert sein. Ein Einfluss großer Industrien auf die Medien ist dabei anzunehmen, zumindest sind sie häufig Werbepartner.

Durch die Berichterstattung entsteht ein Klima, das einen enormen Handlungsdruck auf die Politikerinnen und Politiker ausübt, sich schnell zu positionieren und zu handeln. Der Druck auf die Politik entsteht letztlich nicht allein durch die Tatsachen.

Vor diesem Hintergrund muss die Politik verantwortliche Entscheidungen treffen. Verantwortlich sowohl der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger als auch deren Portemonnaies gegenüber.

Die Frage ist berechtigt: Ist das überhaupt noch möglich? Sind tatsächlich Entscheidungen, die auf unabhängigen Informationen beruhen, gewährleistet? Ist überhaupt nachzuvollziehen, auf welchen Grundlagen Informationen beruhen? Welchen Einfluss hat dabei die Pharmaindustrie auf Institutionen, Sachverständige und Medien? Es stellt sich das Problem, wie politische Entscheidungsträger an unabhängige, sachliche und neutrale Informationen kommen können.

So wenig ich Verschwörungstheorien anhängen, so wenig darf man glauben, dass die Pharmaindustrie vor allem dem Allgemeinwohl verpflichtet ist. Wenn die derzeitige Verflechtung der Industrie und der staatlichen Forschung und Wissenschaft einen Teil des Problems darstellt, wäre es sinnvoll, hier Entflechtungen vorzunehmen. Der Staat darf sich nicht von der Wirtschaft abhängig machen. Wenn Unternehmensvertreter ganze Gesetzespassagen schreiben, weil sie angeblich die einzigen Fachleute sind, dann wird ein Defizit an unabhängigem Wissen nicht nur im Gesundheitssektor augenscheinlich. Forschung über Drittmittel zu fördern ist vielleicht letztlich viel teurer, als eine unabhängige Forschung zu finanzieren. Die Kosten der Einflussnahme auf Entscheidungen und die unabhängige Sicht auf Probleme zu berechnen, wäre schon interessant.

Gerade ein so wichtiges Thema wie Impfungen gegen Pandemien darf nicht im Einflussbereich der pharmazeutischen Industrie liegen. Hier sind Unabhängigkeit und Transparenz auf allen Ebenen der Entscheidungen zu gewährleisten. Ein Weg, solche

Impfungen aus den Profitinteressen der Pharmaindustrie herauszuhalten, wäre es beispielsweise, die Impfstoffe staatlich herzustellen. Der Einwand, dass nur die freien Unternehmer in der Lage seien, innovativ zu forschen, wird meist unbelegt vorgetragen, um den freien Wettbewerb zu stärken. Wirkliche Innovationen kommen vielfach aus staatlicher Forschung. Statt also die Pharmaindustrie mit zehn Millionen Euro für die Entwicklung eines Impfstoffes zu fördern, wie bei der Neuen Grippe geschehen, und später fast eine Milliarde für die Impfstoffe zu bezahlen, könnte man ein Forschungsinstitut für Impfstoffe gründen, vielleicht mit anderen weltweit vernetzen und die Produktion über Ausschreibungen an die Industrie abgeben.

Die Entscheidung für eine Massenimpfung war und ist von der Politik auf der Grundlage vorhandener Informationen zu treffen. Aktuell bei dieser Pandemie waren die Empfehlungen vom Robert-Koch Institut, dem Paul-Ehrlich Institut und der Ständigen Impfkommission die Entscheidungsgrundlage. Die Politik hat sich für die Impfung entschieden.

Ich werde mich impfen lassen und rufe auch andere dazu auf. Soll eine Impfung ihren vollen Nutzen entfalten, ist es wichtig, eine hohe Durchimpfungsrate zu erreichen. Es geht dabei nicht nur um den eigenen Schutz, sondern auch den der Mitmenschen.

*Dr. Martina Bunge, 1951 in Leipzig geboren, ist habilitierte Sozialwissenschaftlerin. Seit 2005 ist sie Mitglied des Bundestages für die Linkspartei und Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit. Martina Bunge leitet den Arbeitskreis Gesundheit, Pflege und Behindertenpolitik der Bundestagsfraktion und ist Mitglied des Fraktionsvorstands. Von 1998 bis 2002 war sie Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern.*

---

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/158266.grobe-fehler-bei-der-pandemievorsorge.html>